



Bericht Landrat zur Genehmigungsverfügung des RP zum Wirtschaftsplan 2006

Das Regierungspräsidium hat den Wirtschaftsplan 2006 mit Verfügung vom 24. Mai 2006 genehmigt. Die Genehmigungsverfügung wurde dem Haupt- und Finanzausschuss mit Vorlagen-Nr. 0160-2006 zur Kenntnisnahme zugeleitet, der Sie Einzelheiten entnehmen können.

Lassen Sie mich aber kurz auf einige wesentliche Punkte aus der Verfügung eingehen. Entgegen manchen Befürchtungen und Mutmaßungen hat das RP bestätigt, dass die Auflagen für das Vorjahr (u.a. 2.2 Mio Euro Einsparungen, Stellenbesetzungssperre, Begrenzung des Zuschussbedarfs der VHS) erfüllt wurden.

Auch wurde seitens des RP begrüßt, dass das Defizit in Höhe von 32,3 Mio Euro im Ergebnishaushalt um ca. 5 Mio Euro geringer ausfällt, als es die Finanzplanung für die Jahre 2004-2008 vorsah.

Hauptbelastungsschwerpunkt des Wirtschaftsplanes ist nach wie vor der Sozialbereich, bei dem das RP aber auch eine Verbesserung durch die rückläufige Zuweisung an den Eigenbetrieb "Kreisagentur für Beschäftigung" um 2,3 Mio Euro festgestellt hat.

Dass die schwierige Haushaltssituation trotz dieser positiven Entwicklungen weiter besteht, ist uns allen bekannt. Das Regierungspräsidium weist deshalb auch darauf hin, dass eine Anpassung der Beiträge und Gebühren insbesondere bei der Prüfungstätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes erfolgen soll. Der Kreisausschuss hat deshalb in seiner letzten Sitzung eine Vorlage an den Kreistag beschlossen, die eine Anhebung der Prüfungsgebühren vorsieht.

Auch ist die Aufsichtsbehörde der Auffassung, dass angesichts der finanziellen Situation und der Tatsache, dass die Kreisumlage unter dem Durchschnittswert der Kreise im Regierungsbezirk Darmstadt liegt, eine Anhebung bereits im laufenden Jahr angemessen und vertretbar gewesen wäre. Allein im Hinblick auf die Planungssicherheit der kreisangehörigen Kommunen hat das Regierungspräsidium von diesbezüglichen aufsichtsbehördlichen Maßnahmen Abstand genommen, gleichzeitig aber angekündigt, dass eine Genehmigung für das Jahr 2007 grundsätzlich nur möglich ist, wenn der Hebesatz deutlich angehoben wird.

Als weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der Finanzen sind der weiterhin weitestgehende Verzicht auf freiwillige Leistungen, ein angemessener Eigenanteil der Eltern an den Schülbeförderungskosten, Personalkosteneinsparungen durch eine 12- monatige

Stellenbesetzungssperre und eine Deckelung des Zuschusses für die Volkshochschule im Rahmen einer Budgetierung angesprochen.

Die Zinsausgaben sollen in den nächsten Jahren durch einen Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung weiter begrenzt werden. Lassen Sie mich dazu anmerken, dass für das Wirtschaftsjahr 2006 sich einen Schuldenabbau in Höhe von ca. 400 Tsd Euro errechnet und sich der Schuldenstand nach dem Finanzplan in 2007 um ca 1,3 Mio Euro und in 2008 um ca. 2.1 Mio Euro verringern wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die folgenden Jahre Landeszuweisungen für Sonderprogramme im Schulbereich nicht ausgewiesen wurden. Sollten auch hier noch Gelder fließen, wird sich folglich der Schuldenabbau erhöhen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass wir mit unseren Bemühungen um eine Konsolidierung der Finanzen nicht nachlassen dürfen. Alle Einsparungsbemühungen werden aber nicht den gewünschten Erfolg haben, solange die strukturellen Verwerfungen bei den Kreisen durch den Gesetzgeber nicht beseitigt werden.